

Wie geht es weiter mit der Bürgerinitiative „WOBA – erhalten!“?

Auf einer Pressekonferenz, welche am Dienstag den 22.11.05 im Büro der Bürgerinitiative auf dem Schützenplatz 14 stattfand äußerten sich Vertreter der selben gegenüber Redakteuren der Sächsischen Zeitung, DNN, Morgenpost , MDR 1 Sachsen und Color Radio zu den bisherigen Ergebnissen des Bürgerbegehrens und dem weiteren Vorgehen.

Dr. Peter Lames, Fraktionsvorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion:

1. „Die Unterschriften können mit Erfolgsaussicht nach einem Verkaufsbeschluss des Stadtrates eingereicht werden. Besser noch: Wenn die Dresdnerinnen und Dresdner wollen, wird der Stadtrat den Total-Ausverkauf gar nicht erst beschließen.“
2. „Die Haushaltsdebatte wird es zeigen: Der WOBA-Verkauf wird für die Konsolidierung nicht benötigt. Der Ertrag droht durch nachlassende Haushaltsdisziplin verfrühstückt zu werden.“

Peter Barthels, Vorsitzender des Mietervereins Dresden:

1. „In einer Zeit mit zunehmenden sozialen Problemen kann sich jede Stadt glücklich fühlen, die über einen ausreichenden Bestand an Wohnungen verfügt um von Wohnungslosigkeit betroffenen Bürgern, für die Stadt kosten- und sozialverträglich unterzubringen.“
2. „Wohnungen sind in erster Linie ein Sozialgut das nicht den Marktgesetzen der Wirtschaft unterworfen werden darf. Privates Kapital ist blind für soziale Probleme. Langfristig werden durch den Verkauf der WOBA Kosten entstehen die den Verkaufspreis deutlich übersteigen.“

Hans-Jürgen Muskulus, Stadtverbandsvorsitzender der Linkspartei.PDS Dresden:

„Dresden ist nicht nur eine Stadt der Wissenschaft und der Kultur. Dresden muss vor allen eine soziale Stadt sein. Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört ein Angebot an Wohnungen seitens des Staates. Fast 33.000 Bedarfsgemeinschaften (Hartz IV) in Dresden müssen versorgt werden. Belegungsrechte können beim Verkauf zwar für einige Jahre vertraglich geregelt werden, danach sind sie aber teuer zurückzukaufen.“

Achim Wesjohann, Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen:

„Wichtig ist die Fragestellung, dass es bei dem Bürgerbegehren nicht nur um die Interessen der WOBA-Mieter geht, sondern um einen wichtigen Faktor Stadtentwicklung. Eine solche Frage darf nicht im Schnellverfahren und in Hinterzimmern entschieden werden, sondern verlangt nach einer breiten gesellschaftlichen Diskussion und nach einer angemessenen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – vor allem vor dem Hintergrund, dass die Totalverkäufer ihre Absicht nicht offengelegt haben, als sie sich 2004 zur Wahl stellten.“

Ralf Hron, Vorsitzender des DGB, Region Dresden Oberes-Elbtal:

„Die mehr als 32.000 Unterschriften des Bürgerbegehrens von Dresdnerinnen und Dresdenern zeigt, dass etliche Bürger kommunales Eigentum langfristig erhalten wollen! Demokratie lebt von Bürgerbeteiligung. Diese in einer solchen Breite gering zu schätzen sollte sich der Stadtrat und die Bürgermeister sehr, sehr gut überlegen! Verschleuderung von Allgemeingut hat keine Mehrheit, auch nicht in Dresden.“